

und Bedeutung der afrikanischen Staaten in der internationalen Politik, bei der Bewahrung ihrer nationalen Souveränität, im Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt ständig wachsen.

Erich Honecker verurteilte entschieden die Aggressionshandlungen des süd-afrikanischen Rassistenregimes gegen die Volksrepublik Angola und fordert den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller südafrikanischen Truppen vom angolischen Territorium. Er wertete die Eskalation der Aggression des Rassistenregimes Südafrikas als eine ernste Bedrohung der Völker der Region, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei* Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, bekräftigte die unerschütterliche Solidarität der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Kampf der Volksrepublik Angola und der anderen „Frontstaaten“ für die Wahrung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität, für die Befreiung der noch unterdrückten Völker im Süden Afrikas. Er unterstrich das legitime Recht der Volksrepublik Angola, alle Mittel, einschließlich der internationalen Solidarität, für die Verteidigung ihres Territoriums gegen Aggression, deren Opfer sie ist, anzuwenden.

Erich Honecker brachte die hohe Wertschätzung des Volkes der DDR für die internationalistische Hilfe der VR Angola für den Kampf der Völker Namibias und Südafrikas um nationale Befreiung und Unabhängigkeit zum Ausdruck.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Angola verurteilen die fortgesetzte widerrechtliche Okkupation des namibischen Territoriums durch das Rassistenregime in Pretoria sowie die imperialistischen Manöver, dem Volke Namibias eine neokolonialistische Lösung aufzuzwingen. Beide Seiten fordern die Verwirklichung der Beschlüsse der Organisation der Vereinten Nationen für die Gewährung der Unabhängigkeit Namibias, insbesondere der Sicherheitsratsresolution 435/78 sowie der 8. außerordentlichen UN-Sondertagung zu Namibia. Sie lehnen jeden Versuch der Modifizierung der Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen strikt ab und stimmen darin überein, daß die Einhaltung dieser Resolution der einzig akzeptable Weg für die friedliche Lösung der Namibia-Frage ist.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Angola bekunden ihre Solidarität mit der SWAPO, der einzig rechtmäßigen Vertreterin des namibischen Volkes. Beide Seiten versichern den Patrioten Südafrikas und ihrem legitimen Vertreter, dem Afrikanischen Nationalkongreß, ihre volle Unterstützung und solidarische Verbundenheit im Kampf für die Beseitigung des Apartheid-Regimes und die nationale Befreiung. Sie unterstrichen die dringende Notwendigkeit, das südafrikanische Rassistenregime durch umfassende und für alle Staaten bindende Sanktionen zum Abzug aus Namibia und zur Beseitigung der verbrecherischen Apartheid-Politik zu zwingen.